

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

19. Jahrgang

Berlin, den 29. Februar 1952

Nummer 9

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Probleme des Ausgleichs der britischen Zahlungsbilanz

Das schnelle Anwachsen des Defizits der britischen Leistungsbilanz im 2. Halbjahr 1951 hat die britische Regierung zu einer Konzentration aller wirtschaftlichen Kräfte auf das außenwirtschaftliche Problem veranlaßt. Das Defizit der Leistungsbilanz im Jahre 1951 dürfte etwa 475 Mill. £ betragen. Nach dem im 2. Halbjahr 1951 entstandenen Defizit errechnet sich ab Mitte 1951 auf Jahresbasis sogar ein Fehlbetrag von rund 725 Mill. £, den die Regierung für ihre Maßnahmen zugrunde legt. Gleichzeitig hat in einem Zeitraum von nur sechs Monaten — von Juli bis Dezember 1951 — der von Großbritannien verwaltete Fonds der Gold- und Dollarreserven des Sterlingraums um 1,5 Mrd. £ abgenommen. Bei einem weiteren Abfluß im gleichen Ausmaß würde im April 1952 wieder der Stand von ungefähr 1,4 Mrd. £ erreicht sein, bei dem England im Jahre 1949 das Pfund Sterling abwertete.

Im Jahre 1951 betrug die Einfuhr Großbritanniens (cif) 3914,2 Mill. £ (1950 = 2608,2) gegenüber einer Ausfuhr (fob) von 2580,0 Mill. £ (1950 = 2171,2). Der Wert der Einfuhr des Jahres 1951 ist damit gegenüber dem Vorjahr um 50 vH gestiegen, während sich der Wert der Ausfuhr nur um 19 vH erhöhte. Da die Preissteigerung der Ausfuhr Güter ebenfalls knapp 19 vH betrug, beruht die Zunahme der Ausfuhrerträge fast ausschließlich auf einer Steigerung der Ausfuhrpreise, und nicht der Ausfuhrmengen. Die Einfuhr ist dagegen sowohl dem Volumen als auch den Durchschnittswerten nach gestiegen. Während die Preisbewegung der Einfuhr Güter — mit einer zeitlichen Verzögerung, die durch die im englischen Außenhandel zur Zeit üblichen Termin-einkäufe bedingt ist — ungefähr der Weltmarktentwicklung entspricht, beruht die Mengenbewegung der Einfuhr auf dem erheblichen Nachhol-

Zahlen zur britischen Wirtschaftslage

Monat	Ausfuhr		Einfuhr		Terms of Trade	Groß- handels- Preise	Klein- handels- Preise	Löhne	Saldo des öffentl. Haus- halts	Han- dels- bilanz Saldo ¹⁾
	Preise	Mengen	Preise	Mengen						
	1950 = 100									
1950										
Januar	96	97,5	91	97,5	94,7	93,1	99,0	99,4	+ 357	— 19
Februar	97		92		94,8	93,2	99,0	99,4	+ 194	— 21
März	98		94		95,8	93,4	99,0	99,4	— 64	— 31
April	98	95,0	96	107,5	97,9	95,0	100,0	99,4	— 38	— 55
Mai	99		97		97,9	97,1	100,0	99,4	+ 20	— 41
Juni	99		98		98,9	97,7	100,0	99,4	— 54	— 57
Juli	100	99,4	99	97,5	98,9	99,0	100,0	99,4	— 4	— 36
August	100		100		99,9	100,5	99,0	99,4	— 19	— 18
September	100		102		101,9	103,5	100,0	99,4	— 61	— 13
Oktober	102	108,1	107	97,5	104,8	106,3	100,8	100,3	— 49	— 11
November	104		110		105,7	110,0	101,7	102,1	— 74	— 13
Dezember	105		113		107,5	111,2	101,7	103,0	— 21	— 43
1951										
Januar	107	99,3	119	105,2	111,1	114,1	102,5	103,9	+ 339	— 75
Februar	109		125		114,6	116,3	103,4	104,8	+ 299	— 65
März	112		128		114,2	119,3	104,3	105,7	— 94	— 95
April	115	107,3	136	117,9	118,4	121,3	106,0	106,6	— 49	— 70
Mai	118		142		120,2	121,6	108,7	106,6	+ 8	— 97
Juni	120		143		119,0	122,1	109,6	107,5	— 68	— 148
Juli	122	102,0	142	123,2	116,3	121,7	110,4	108,4	— 34	— 127
August	124		138		111,2	123,1	111,3	108,4	— 19	— 128
September	125		138		110,3	124,7	112,2	109,3	— 145	— 119
Oktober	125	109,6	133	.	106,3	125,1	113,1	110,2	— 112	— 116
November	126		134		106,2	124,2	113,1	112,9	+ 20	— 74
Dezember	127		135		106,2	125,4	113,9	113,9	— 211	— 100

¹⁾ Ausfuhr einschl. Wiederausfuhr = fob; Einfuhr = cif.

bedarf aus dem Jahre 1950. In diesem Jahr ist das günstige Ergebnis der Zahlungsbilanz durch eine Politik erzielt worden, die die Binnenwirtschaft eines großen Teils ihrer Lagervorräte beraubt hat. Die sich hieraus ergebende Notwendigkeit, die Versorgungslücke Ende 1950/Anfang 1951 wieder aufzufüllen, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem die Preisentwicklung noch sehr ungünstig war, hat zum großen Teil zu der gegenwärtigen Zahlungsbilanzkrise Großbritanniens beigetragen.

Während die Kleinhandelspreise und die Löhne in der Zeit vor Korea über lange Perioden relativ stabil gehalten werden konnten, wurden sie seit Juni 1950 in Anpassung an die bereits seit Anfang 1950 gestiegenen Einfuhr- und Großhandelspreise laufend erhöht. Mitte 1951 hat die Aufwärtsbewegung der Einfuhrpreise und der Großhandelspreise aufgehört, so daß es hier zu einer Beruhigung gekommen ist. Demgegenüber konnte jedoch der Auftrieb der Löhne und Endverbraucherpreise bisher nicht gestoppt werden; sie stellt daher auch heute noch eine Inflationsgefahr dar. Da die Ausfuhrpreise sich in einer langsamen Aufwärtsbewegung befinden, haben sich die terms of trade ebenfalls seit Mitte 1951 zunächst verbessert. Durch die besonders für das dritte Vierteljahr 1951 sichtbar werdende Stabilisierung der Einfuhrpreise, die in diesem Zeitraum von nur sehr geringem Anstieg der Ausfuhrpreise begleitet waren, haben sich die terms of trade in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres nicht mehr geändert. Sie zeigen noch immer eine Verschlechterung von 10 vH gegenüber dem Stand vor dem Korea-Konflikt. Eine erneute Verschlechterung dieser Relation durch Ansteigen der Weltmarktpreise würde den Bemühungen um Ausgleich der Zahlungsbilanz und der Inflationsbekämpfung neue Hindernisse in den Weg legen.

Konsequenzen für den Außenhandel

Das Defizit Großbritanniens im 2. Halbjahr 1951 gegenüber dem Sterlingraum beträgt — auf Jahresbasis umgerechnet — ungefähr 150 Mill. Pfund und gegenüber der restlichen Welt 575 Mill. Pfund. Dieses Defizit soll im zweiten Halbjahr dieses Jahres beseitigt werden. Die britische Regierung wird hierzu Maßnahmen ergreifen, die den Saldo des Warenverkehrs mit dem Sterlingraum um 250 Mill. Pfund und mit der restlichen Welt um 475 Mill. Pfund verbessern. Der hierbei entstehende Überschuß von 100 Mill. Pfund gegenüber dem Sterlingraum — wie er für dieses Gebiet charakteristisch war — soll das Defizit in gleicher Höhe gegenüber der restlichen Welt kompensieren.

Vom Gesamtdefizit sollen 500 Mill. Pfund durch Importdrosselung, 150 Mill. Pfund durch Steigerung der Exporte und der noch verbleibende Rest von 75 Mill. Pfund vor allem durch zusätzliche Ausfuhr von Konsumgütern auf Kosten des heimischen Marktes und unter Bereitstellung von Lagerreserven der Regierung ausgeglichen werden. In dem Betrag von 500 Mill. Pfund, um die der Import gedrosselt werden soll, sind Einsparungsvorschläge berücksichtigt, die bereits in Höhe von 350 Mill. Pfund im November bekanntgegeben wurden und in den nächsten Wochen wirksam werden. Der Restbetrag von 150 Mill. Pfund ent-

hält u. a. stärkere Kürzungen der Einfuhren an Tabak und amerikanischer Kohle.

Mit dem erstrebten Ausgleich seiner Zahlungsbilanz versucht Großbritannien von sich aus die Gold- und Dollarposition des Sterlingraumes zu verbessern. Durch die von den Ländern des Sterlingraumes selbst zu treffenden Maßnahmen hofft man, ein weiteres Absinken der Reserven zu verhindern und den Gold- und Dollarreservebestand bis zum Jahresende soweit zu vergrößern, daß dem Problem der Konvertibilität des Pfundes nähergetreten werden kann. Bei der Lösung dieser Aufgabe wird das Verhalten der Vereinigten Staaten als Käufer der Produkte des Sterlingraumes von entscheidender Bedeutung sein. Eine Erweiterung der Käufe durch Amerika wäre eine wesentliche Erleichterung für die Bildung der Reserven.

Auswirkungen auf den Binnenmarkt

Die Beseitigung des Defizits von 725 Mill. Pfund bedeutet für den britischen Binnenmarkt eine Einschränkung des Konsums und der Investitionen. Es ist zweifelhaft, ob die britische Versorgung mit Nahrungsmitteln noch erheblich gedrosselt werden kann. Eine Einschränkung wird daher nur in dem wahrscheinlich relativ geringen Umfang erfolgen, wie die Einfuhrregelung die Lebensmittelversorgung direkt berührt. Hierbei werden hauptsächlich die nicht rationierten Waren betroffen werden.

Die Konsumentennachfrage nach dauerhaften Verbrauchsgütern soll durch eine Verschärfung der Bedingungen für die in England sehr verbreiteten Abzahlungsgeschäfte u. ä. eingeschränkt werden. In größerem Umfang müssen jedoch die Investitionen eingeschränkt werden. Die Beschränkung soll u. a. durch Rückziehung schon gewährter bzw. Kürzung zukünftiger Investitionsbewilligungen, durch eine straff geregelte Stahlversorgung und durch direkte Verträge der Regierung mit einzelnen Betrieben über deren Angebot am heimischen Markt erreicht werden.

Monetäre und fiskalische Maßnahmen

Mit der Verringerung des Warenangebots auf dem britischen Markt in Höhe von 725 Mill. Pfund wird ein „inflationary gap“ entstehen, das durch monetäre Maßnahmen beseitigt werden soll. Die bereits im November 1951 erfolgte Erhöhung des Diskontsatzes von 2 auf 2,5 vH und die Konsolidierung von 1 Mrd. Pfund kurzfristiger Schatzwechsel zur Verringerung der Liquidität der Banken, sind die ersten Maßnahmen zur „Abschöpfung“ dieser „freiwerdenden“ Nachfrage. Mit weiteren Maßnahmen dieser Art und durch selektive Eingriffe auf kreditwirtschaftlichem Gebiet hofft man ungefähr zwei Drittel dieser „inflationistischen Lücke“ zu beseitigen.

Die Neutralisierung des verbleibenden Drittels wird Aufgabe der Haushaltspolitik des Staates sein. Im Hinblick auf die Dringlichkeit der Situation wird der Schatzkanzler bereits am 4. März und nicht erst — wie sonst üblich — im April das Budget vorlegen. Im Hinblick auf die ihm gestellte besondere Aufgabe wird der Haushalt auch im Finanzjahr 1952/53 mit einem Überschuß abschließen. Dieser Überschuß wird fast ausschließlich durch Einsparungen und nur zu einem ge-

ringen Teil durch erhöhte Einnahmen zu erzielen sein. Die steuerliche Belastung hat in England einen Punkt erreicht, bei dem eine nennenswerte Steigerung des Steuerertrages nicht mehr zu erwarten ist. Wenn auch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern und verschiedener Gebühren vorgesehen ist, wird man gezwungen sein, größere Einsparungen auf der Ausgabenseite vorzunehmen. Neben Kürzungen der in ihrer gegenwärtigen Höhe immer wieder kritisierten Verwaltungsausgaben wird der Verlängerung der Termine für die Rüstungsausgaben besondere Bedeutung zukommen.

Der Regierungswechsel in England hat bisher noch keine endgültige Klarheit über die künftige Linie der Wirtschaftspolitik gebracht. Nach wie vor sind Bewirtschaftungsmaßnahmen das primäre Mittel zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Konstellation. Zwar ist die monetäre Politik bedeutend straffer als unter der Labourregierung, jedoch ist sie auch jetzt nur ergänzende Maßnahme. In dem Dilemma zwischen Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und der Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts hat sich England zunächst für die Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes entschieden.

Internationale Kredite für Jugoslawien

In den gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik beantragte Jugoslawien u. a., daß der bereits in dem Wareninvestitionsabkommen vom Herbst 1950 gewährte Kredit in Höhe von 35 Mill. \$ bis auf weiteres gestundet und die Kreditmarge im laufenden Handelsverkehr von 9 auf 20 Mill. \$ hinaufgesetzt würde. Bei der Knappheit an eigenen Kreditmitteln in Deutschland ist daher von Interesse, ob und wann mit einer Rückzahlung solcher Kredite auf Grund der jugoslawischen Wirtschaftslage zu rechnen ist.

Jugoslawien war zur Entwicklung seiner Wirtschaft von jeher auf fremdes Kapital angewiesen. In fast allen Wirtschaftszweigen war vor dem letzten Weltkrieg Auslandskapital maßgeblich an den Unternehmungen beteiligt. Darüber hinaus hatte der jugoslawische Staat (bzw. schon seine Vorgänger Serbien und Montenegro vor dem ersten Weltkrieg) zahlreiche Anleihen im Ausland aufgenommen, die meisten davon in Frankreich. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges liefen nicht weniger als 19 solcher Auslandsanleihen. Die unbezahlten Zinsen erreichten bis 1950 eine Summe von 38 Mill. \$. Nach dem Kriege und seinen großen Zerstörungen war es die UNRRA — ein Hilfswerk der Alliierten —, die Jugoslawien mit Lieferungen im Werte von insgesamt 424,8 Mill. \$ in den Jahren 1945/46 über die ersten Nachkriegsschwierigkeiten hinweghalf und den Übergang zur Friedenswirtschaft erleichterte.

Die im Rahmen des Fünfjahrplanes (ab 1947) vorgesehenen Investitionen wollte man zum größten Teil aus eigenen — durch stärkste Verbrauchsbeschränkung gewonnenen Kapitalien — sowie mit Hilfe sowjetischer Kredite durchführen. Von den in Höhe von 135 Mill. \$ zugesagten sowjetischen Krediten wurden jedoch noch nicht einmal 1 Mill. \$ eingeräumt. Der Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Ostblock brachte Jugoslawien — nach eigenen Angaben — Exporteinbußen von 120 Mill. \$. Daß der Außenhandel verhältnismäßig rasch auf den Westen umgestellt werden konnte, verdankte Jugoslawien nicht zuletzt der 1949 auf dem Weltmarkt eingetretenen Stockung; sie bewirkte, daß dem Lande bereitwillig Kredite zum Ankauf westlicher Erzeugnisse eingeräumt wurden¹⁾.

Die in rascher Folge in den Jahren 1948/49 abgeschlossenen Handelsverträge sahen größtenteils einen umfangreichen Warenaustausch vor. Man ging dabei von dem großen jugoslawischen Investitionsbedarf und einer der Vorkriegszeit ent-

sprechenden Exportleistung der jugoslawischen Landwirtschaft aus. Diese Pläne konnten jedoch von Anfang an wegen der unzulänglichen jugoslawischen Lieferfähigkeit von Agrarprodukten nicht verwirklicht werden. Als man glaubte, die Anlaufsschwierigkeiten überwunden zu haben, kam 1950 die Dürre. Jugoslawien überstand sie dank der amerikanischen Lebensmittelhilfe im Werte von über 100 Mill. \$ ohne innere Erschütterungen, doch wurde der Export durch den Ausfall aller Nahrungs- und Futtermittellieferungen sehr beeinträchtigt. Es wurde notwendig, Jugoslawien weiterhin Kredite zu gewähren, damit ein Stillstand der Wirtschaft aus Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen verhindert wurde. USA, Großbritannien und Frankreich entschlossen sich, Jugoslawien Grants, d. h. Schenkungen, zu gewähren, um das Außenhandelsdefizit zu überbrücken. Diese Grants, die 1951 100 Mill. \$ betrugen — und von denen die USA 63 vH, Großbritannien 23 vH und Frankreich 12 vH übernahmen —, sollen auch 1952 fortgesetzt werden. Die ersten 25 Mill. \$ sind bereits angewiesen worden. Daneben hat Jugoslawien die ihm von den anderen Außenhandelspartnern eingeräumten Kredite und „Swings“ bis zum äußersten ausgenutzt. Die Schulden aus kurz- und mittelfristigen Krediten bei 18 europäischen und außereuropäischen Ländern wurden im Herbst 1951 auf 170 bis 190 Mill. \$ geschätzt.

Jugoslawien ist bemüht, den Rückgang der Nahrungsmittelausfuhr durch Steigerung der Holzausfuhr sowie der Ausfuhr bergwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Möglichkeit auszugleichen. Das ist jedoch nur in sehr begrenztem Umfange möglich. Schon jetzt liegt der Holzeinschlag über dem Holzzuwachs, und eine Produktionssteigerung im Bergbau setzt größere, z. T. langfristige Investitionen voraus. Eine vermehrte Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist ohne Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität nicht denkbar. Dieses Ziel kann aber nur durch Aufgabe der gegenwärtig betriebenen Agrarpolitik erreicht werden. Hier ist jedoch bisher noch keine entscheidende Wandlung sichtbar. Gleichzeitig blieb

¹⁾ Die jugoslawischen Entschädigungszahlungen für enteigneten ausländischen Besitz können — es handelt sich nur um Beträge von 12 bis 18 Mill. \$ — in den meisten Fällen auf 10 Jahre verteilt werden.

Gewährte Grants und Kredite ab 1949¹⁾
Stand Januar 1952

An- laufs- jahr	Wert in Mill. \$	Herkunft	Art 2)	Verwendungszweck
1949	20,0	Export-Importbank, USA	K	Investitionen be- sonders im Bergbau Rohstoffkäufe
1950	20,0		K	
1950	15,0		K	
1949	2,7	Internat. Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	K	Forstinvestitionen
1949	9,0	Internat. Währungs- fonds	K	Rohstoffkäufe
1949	22,4	Großbritannien	K	Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen
1949	14,0	"	K	Ankauf von Investitionsgütern
1950	5,6	"	K	Rohstoffkäufe
1950	8,4	"	K	Lebensmittelkäufe
1950	103,3	USA	G	Lebensmittelhilfe
1950	10,0	Österreich	K	Ankauf von industriellen Ausrüstungen
1950	35,0	Deutschland	K	
1951	14,3	Frankreich	K	
1951	65,0	USA	G	Deckung des Außenhandels- defizits 1951 (2 Raten)
1951	23,0	Großbritannien	G	
1951	12,0	Frankreich	G	
1952	25,0	USA, Großbritan., Frankreich	G	dto. 1952 Ab- schlagszahlung
1951	28,0	Internat. Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	K	Berg- und Kraft- werksinvestitionen
Gesamt	432,7	.	.	.

¹⁾ Es handelt sich hierbei nur um größere Kredite; kurz-
fristige Kredite, ausgenutzte Swings und Kredite privater
Natur sind nicht berücksichtigt. Die tatsächlich beanspruchten
Mittel sind noch weit größer. — 2) K = Kredite, G = Grants.

die Regierung bemüht, alle ihr wichtig erscheinenden Investitionsvorhaben mit Hilfe der aus dem Westen eingeführten Investitionsgüter durchzuführen.

Jugoslawien hat die Hilfe des Westens großzügig in Anspruch genommen und oft mehr erwartet, als gewährt werden konnte. So wurde die Weltbank (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) seit 1949 immer wieder von Jugoslawien um eine Anleihe in Höhe von 220 Mill. \$ ersucht; die Bank hat sich jetzt bereitgefunden, zunächst eine Anleihe im Werte von 28 Mill. \$ für Investitionen, besonders im Bergbau, zu bewilligen, weitere 22 Mill. \$ wurden in Aussicht gestellt.

So erklärt sich, daß der jugoslawische Wirtschaftsminister Kidric im Parlament Ende Dezember 1951 die Erwartung aussprach, die USA würden den Fehlbetrag im Volkswirtschaftsplan in Höhe von 56 Mrd. Dinar = 189,3 Mill. \$ (nach dem am 1. Januar 1952 eingeführten Umrechnungskurs) decken. Ebenso forderte der Außenminister Kardelj zur Deckung des Außenhandelsdefizits im ersten Halbjahr 1952 vom Westen 86 Mill. \$ Grants.

Bereits im Januar 1952 schloß Jugoslawien mit den USA einen MSA-Vertrag (Mutual Security Aid). Danach wird Jugoslawien in das System der MSA faktisch einbezogen und erhält ebenso wie die bisherigen ERP-Länder die Möglichkeit, seine Wirtschaft auf doppelte Weise zu stärken: durch kostenlose Importe von \$-Gütern einerseits und die Gewährung von Krediten aus den Counterpartfonds andererseits.

Jugoslawien hat aber auch Verpflichtungen aus diesem Vertrag übernommen. Dazu gehört u. a. die vordringliche Lieferung solcher Güter im laufenden Außenhandelsverkehr, an denen in USA Mangel herrscht oder eintreten könnte. Das würde praktisch bedeuten, daß der Ausfuhrüberschuß an NE-Metallen und Stahlveredlern in Zukunft vor allem den USA zugute kommt.

Diese neuen handelspolitischen Bindungen Jugoslawiens sind für die weitere Entwicklung des Außenhandels zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Jugoslawien von großer Bedeutung: Vor dem zweiten Weltkrieg beruhte der deutsch-jugoslawische Außenhandel auf einer deutschen Ausfuhr an Fertigwaren und einer Einfuhr jugoslawischer Rohstoffe und Halbwaren, von denen 70 vH land- und forstwirtschaftlicher, 30 vH bergbaulicher Herkunft waren. Die landwirtschaftlichen Ausfuhrmöglichkeiten Jugoslawiens sind, wie erwähnt, stark zurückgegangen, die forstwirtschaftlichen und bergbaulichen dürften in Zukunft eng begrenzt sein. Diesen beschränkten Lieferungsmöglichkeiten tragen die für 1952 zwischen der DBR und Jugoslawien neu ausgetauschten Warenlisten Rechnung. Sie sehen Lieferungen im Werte von 30 Mill. \$ von jeder Seite vor gegen mehr als 60 Mill. \$ im Jahre 1950. Daneben läuft das im September 1950 abgeschlossene Investitionsabkommen, nach dem zwischen 1950 und 1955 Westdeutschland für 147 Mill. DM (35 Mill. \$) Investitionsgüter nach Jugoslawien liefern soll, die in den ersten beiden Jahren voll, in den nächsten beiden Jahren (1952/1953) teilweise mit Hilfe von Refinanzierungskrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau beglichen werden sollten. Die jugoslawischen Gegenlieferungen in Höhe von 180 Mill. DM — Nahrungs- und Futtermittel sowie bergbauliche Erzeugnisse — sollten ab 1952 zu laufen beginnen. Zu diesen Gegenlieferungen sieht sich Jugoslawien anscheinend nicht in der Lage, wenn es jetzt beantragt, den eingeräumten Kredit bis auf weiteres zu stunden. Möglicherweise können weitere Kreditwünsche folgen. Es wird eine Reihe von Jahren dauern, bis Jugoslawien nicht nur seine Handelsbilanz zum Ausgleich gebracht hat, sondern auch fähig sein wird, aus Überschüssen des Außenhandels die ihm gewährten Kredite zu verzinsen und zu tilgen. Die Gewährung von Krediten dürfte wohl nur damit gerechtfertigt werden können, daß man einen Markt wie den jugoslawischen, der vor dem Kriege zu einem Drittel von Deutschland versorgt wurde, nicht zu verlieren wünscht.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.
Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Gegenstand	Einheit	Vorjahr					Gegenwart									
		21.-27. Jan. 1951	28. Jan. bis 3. Febr. 1951	4.-10. Febr. 1951	11.-17. Febr. 1951	18.-24. Febr. 1951	16.-22. Dez. 1951	23.-29. Dez. 1951	30. Dz. 1951 bis 5. Jan. 1952	6.-12. Jan. 1952	13.-19. Jan. 1952	20.-26. Jan. 1952	27. Jan. bis 2. Febr. 1952	3.-9. Febr. 1952	10.-16. Febr. 1952	17.-23. Febr. 1952
		4.	5.	6.	7.	8.	51.	52.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Woche:																
Arbeitsmarkt																
Arbeitslose in Westdeutschland	1000	.	1821	.	1750	.	.	.	1654	.	1785	.	1825	.	1894	.
" Westberlin	"	.	292	.	291	.	.	.	277	.	283	.	281	.	281	.
Versicherte Arbeitslose in USA	"	1125	1121	1117	1058	1057	.	1305	1458	.	.	.	.	.	.	.
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	218,1	209,2	203,1	215,8	219,1	214,1	210,2	209,2	.	216,3	216,3	217,8	217,5	219,7	.
Industrieproduktion in USA	"	220,7	219,8	218,4	209,2	208,0	229,8	226,6	221,9	228,9	.	223,3	222,4	224,6	221,3	201,7
Steinkohlenfödrerg. in Westdtschld.)	1000 t	2318	2287	2316	2352	2460	2654	1475	1645	2459	2476	2507	2467	2484	2499	.
" Großbritannien	"	4482	4510	4594	4596	4659	4695	2446	3672	4669	4658	4627	4529	4612	4637	.
Kohlenförderung in USA	Mill. t	10,32	8,65	7,67	9,92	9,67	9,62	7,05	8,28	10,68	10,28	10,19	9,46	9,61	.	.
Rohstahlerzeugung in Westdtschld.)	1000 t	171	168	157	159	157	212	121	152	197	198	196	205	204	202	.
" USA	Mill. t	1,83	1,84	1,75	1,79	1,81	1,90	1,84	1,85	1,85	.	1,88	1,89	1,90	1,89	1,90
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	166	153	119	174	190	103	44	58	95	98	94	102	101	108	110
Stromverbrauch in Westdeutschland . .	Mill. kWh	637	634	607	628	630	760	672	651	735	730	730	723	722	.	.
" Westberlin ²⁾	"	21	21	20	19	19	24	19	20	22	22	23	22	22	21	21
Güterverkehr																
Wagenanforderung } Bundesbahn	1000	350,0	353,1	334,9	358,3	364,0	399,6	626,0	272,3	344,4	351,8	351,7	356,9	344,7	.	.
Wagengestellung } Westdeutschland	"	347,6	346,2	332,7	351,6	351,1	380,5	224,3	271,7	342,9	349,9	350,1	353,0	342,9	.	.
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in																
Westdeutschland u. Westberlin . .	Mill. DM	7255	7975	7724	7478	7255	9886	.	9713	9827	8999	8564	9620	9215	9081	.
Notenumlauf d. Bank von England . .	Mrd. £	1285	1282	1286	1288	1286	1436	1438	1419	1396	1367	1354	1354	1358	1361	1361
" Frankreich	Mill. frs.	1536	1575	1576	1553	1542	1794	1842	1874	1863	1827	1813	1867	1867	1841	.
" Niederländ. Bank	Mill. hfl.	2847	2996	.	2832	2819	2902	3019	3037	2970	2915	2883	2912	2933	2888	.
" Belgisch. Nationalbk.	Mill. bfrs.	86868	88178	87770	86612	85854	91716	93160	94238	93048	92610	94197	94494	93694	.	.
" Schweizer. "	Mill. sfrs.	4318	4388	4303	4238	4286	4912	.	4927	4740	4576	4518	4592	4495	4440	4443
" Schwedisch. "	Mill. skr.	3185	.	3202	3215	.	4122	.	4093	3898	3733	3720	3891	3785	.	.
" Bank von Canada	Mill. \$	1302	1294	1294	1291	1291	1449	1464	1462	1433	1408	1389	1377	1377	1376	.
Zahlungsmittelumlauf in USA	Mill. \$	27028	27045	27125	27159	27164	29263	29403	29143	28800	28526	28342	28347	28378	28425	28387
Geld- und Kapitalmarkt																
Bank deutscher Länder																
Inlandswechsel	Mill. DM	3441	3515	3577	3492	3575	3827	.	4038	3985	3918	3791	3911	3843	3485	.
Schatzwechsel der Bundesverwaltung .	"	303	249	256	343	310	271	.	451	393	210	150	100	113	134	.
Lombardforderungen	"	803	1154	964	950	946	784	.	664	461	523	424	664	421	549	.
Vorschüsse an die öfftl. Verwaltung .	"	490	659	740	671	632	548	.	454	447	156	164	81	86	192	.
Forderungen gegen die öfftl. Hand. .	"	5978	6013	6032	6025	6008	4964	.	5237	5137	5224	5043	5646	5724	5545	.
Depositen	"	2879	2657	2875	2987	3176	2599	.	2674	2547	2588	2644	2267	2519	2469	.
480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken .	"	9555	9735	9638	10140	9975	.	.	11313	11346	11672	11741	11808	11718	.	.
Einlagen von Nichtbanken	"	11655	11548	11766	11736	11853	.	.	14311	14212	14427	14661	14457	14674	.	.
darunter Spareinlagen	"	2029	2033	2035	2038	2035	.	.	2571	2597	2626	2650	2683	2716	.	.
Berliner Zentralbank																
Wechsel	"	49,6	54,3	45,9	41,0	47,0	71,3	90,6	.	120,9	135,5	154,5	141,9	155,2	148,7	154,3
Kassenvorschüsse	"	21,2	21,2	21,2	18,7	18,7	20,2	—	.	—	—	—	—	—	—	—
Einlagen insgesamt	"	135,5	118,3	155,5	147,8	147,8	158,7	144,9	.	177,0	178,5	238,9	186,5	175,2	159,6	177,2
Bank von England																
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg. .	Mill. £	1345,3	1345,2	1345,2	1345,3	1345,3	1446,8	1446,8	1446,7	1446,7	1396,8	1396,8	1396,8	1396,8	1396,7	1396,7
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	357,6	348,9	355,7	360,5	359,5	396,0	407,5	397,1	376,6	380,8	357,9	351,6	374,3	371,8	364,5
Depositen insgesamt	"	406,0	400,0	402,0	404,9	406,2	394,1	403,6	411,9	414,8	397,4	387,9	381,3	400,1	394,7	387,3
Bundes-Reserve-Banken USA																
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	46331	47438	47335	48048	47552	50629	50010	50191	49470	49973	49510	49008	48879	49545	.
darunter: Goldzertifikate	"	20622	20565	20513	20431	20380	20579	20689	20766	20835	20885	20957	21012	21074	21119	.
Regierungspapiere	"	20545	21484	21641	21807	21853	23239	23503	23658	23452	23119	22994	22785	22614	22499	.
Einlagen insgesamt	"	19611	20988	21071	21042	20953	21581	21376	21066	21210	21345	21333	20963	20927	21040	.
darunter: Regierungseinlagen	"	256	807	795	864	796	612	289	8	7	138	11	221	52	261	.
Zinssätze																
in Westdeutschland																
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd. .	% p. a.	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung .	"	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungsf. .	"	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Tagesgeld in London	"	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	1/4-1 1/2	3/4-1 1/2
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	1 1/4-1 1/2	1 1/4-1 1/2	1 1/4-1 1/2	1 1/4-1 1/2	1 1/4-1 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2
Effektenmarkt																
40/100ige Wertpapiere in Westdeutschland																
Kursniveau, gesamt	vH	7,35	7,32	7,31	7,29	7,28	7,76,21	.	76,41	76,64	81,44	81,56	81,11	81,43	81,33	.
dar. Pfandbriefe d. Hypothekendarlehen .	"	7,47	7,42	7,41	7,36	7,36	7,74,91	.	75,21	75,29	81,68	81,29	80,82	81,34	81,24	.
Pfandbr. d. öfftl.-rechtl. Kreditanst. .	"	7,73														

²⁾ Berichtigte Zahl. — *Kursive Zahlen*: Vorläufig oder geschätzt.
³⁾ Woche rechnet von Montag bis Sonntag. — ⁴⁾ Ohne Stromverbrauch der S-Bahn. — ⁵⁾ Allg. Aktienindex Frankfurt/M. (Börsenindex der F.A.Z.), freitags. — ⁶⁾ 30 Stammaktien, London („Financial Times“), freitags. — ⁷⁾ 365 Industrieaktien, New York (Standard and Poor's), mittwochs. — ⁸⁾ Stichtagsnotierungen. — ⁹⁾ Jeweils freitags. — ¹⁰⁾ „The Economist“, freitags. — ¹¹⁾ Ab 2. 7. 51 werden die Kurse in vH des im Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellten Nennwertes festgesetzt. — ¹²⁾ Börsennotierung ausgesetzt.